



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/221 - 24.9.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Dortmunder Zwischenbilanz	S. 1
Parteitage in England - Bericht aus London -	S. 3
Nach dem Besuch de Gasperis	S. 5
<u>Anhang:</u> SPD zur Westnote	

Bilanz und Auftrag

(sp) Dortmund, 24.9.1952

"Wir wissen jetzt schon, dass wir uns in Dortmund zuhause fühlen werden. Es ist eine der Städte in der Bundesrepublik, die zu den stärksten Stützpunkten der Sozialdemokratischen Partei gehören, zuverlässig, klar in ihrer Willen, bestimmt und entschieden in ihrem Handeln. Es ist gut, für diesen Parteitag gerade diesen Hintergrund zu haben. Die Grösse unserer Aufgabe wird uns angesichts des grossen wirtschaftlichen Nerven- und Kraftzentrums an Ruhr und Rhein besonders deutlich werden." So schrieb Erich Ollenhauer in einem Begrüssungsartikel in der "Westfälischen Rundschau", der grössten aller Zeitungen, die in der Bundesrepublik der Sozialdemokratie nahesteht.

Wenn die Wendung, eine Stadt stehe im Zeichen irgendeiner grossen Veranstaltung, oft redensartlich ist - für den Parteitag der SPD und Dortmund trifft sie voll zu. Aber schon auf der Stunden währenden Fahrt von Bonn hierher, vorbei an den riesenhaften, rauchüberzogenen Industriesilhouetten der Hochöfen und Walzwerke und den düsteren, schwärzlichen Arbeitersiedlungen wird der Eindruck davon immer zwingender, wie sehr man sich im industriellen Zentrum Deutschlands und damit zugleich im Mittelpunkt unserer wirtschaftlichen und sozialen Gegenwartsproblematik befindet.

Der Parteitag der SPD 1952 ist angelaufen und hat am Donnerstag mit dem grossen Referat Erich Ollenhauers seinen ersten politischen Höhepunkt erreicht, nachdem an den Tagen vorher Parteivorstand und Parteiausschuss die letzten vorbereitenden Beratungen geführt hatten. Parteitage sind Einrichtungen doppelten Charakters: Sie sind die oberste demokratische Instanz, das gewählte Parlament der Partei, das nach einem 1950 in Hamburg gefassten Beschluss einstweilen alle zwei Jahre zusammentritt, um den gewählten Führungs-Körperschaften Gele-

genheit zu geben, über ihre Arbeit Rechenschaft abzulegen und die turnusmässigen Neuwahlen vorzunehmen. Alle Organisationsformen innerhalb der Partei, vom Ortsverein angefangen, haben die Gelegenheit, Anträge zu jeder politischen oder organisatorischen Frage einzubringen. Aus alledem ergibt sich, dass auf Parteitag sehr viele Fragen internen Charakters auf der Tagesordnung stehen.

Die andere Aufgabe ist ausgesprochen politisch: der Parteitag ist das höchste Forum, aus dem die Politik der Partei überprüft, bestätigt oder neu festgelegt wird, in freier Aussprache und unter Abwägung aller Argumente. Was den zweiten Aufgabenteil anlangt, so wird in diesem Jahr sein wesentlicher Inhalt in den grossen Referaten - Erich Ollenauer zum Thema "Die Einheit Deutschlands und ein lebensfähiges Europa als vordringlichstes Ziel sozialdemokratischer Politik" und Willi Eichler zum Aktionsprogramm der Partei - sowie in den Diskussionsbeiträgen dazu, des weiteren in den dem Parteitag vorgelegten und von ihm zu genehmigenden politischen Entschliessungen liegen.

Alles, was in dieser Hinsicht bisher bekannt geworden ist, weist darauf hin, dass die Linie der SPD konsequent fortgeführt werden wird. Die einzige Überraschung für viele, die mit Sensationen gerechnet haben, wird das Ausmass dieser Folgerichtigkeit sein. Das wurde auch bereits am Mittwoch aus der ersten kurzen sozialdemokratischen Stellungnahme zur Antwortnote des Westens an Moskau klar, sowie aus den zur Stunde noch nicht veröffentlichten, dem Parteitag vorgelegten Entschliessungsentwürfen zur aussenpolitischen Situation und zur Lage in der sowjetischen Besatzungszone. Die Tage in Dortmund stehen also im Zeichen der unverrückbaren Ziele der deutschen Sozialdemokratie: im Innern Neuordnung unseres gesellschaftlichen Lebens nach demokratischen und sozialistischen Vorstellungen, was die gründliche Revision unserer Wirtschaftsverfassung einschliesst; aussenpolitisch Schaffung einer Gemeinschaft von gleichen und freien Nationen in Europa, die unbelastet sein muss von Hypotheken des Misstrauens, wie sie aus Krieg und Nachkriegszeit entstanden sind. Dass bei alledem das wichtigste konkrete Ziel die Wiedervereinigung ganz Deutschlands sein und bleiben muss, wird in der deutschen Sozialdemokratie als Selbstverständlichkeit empfunden.

+

Im Tagungssaal in der Westfalenhalle in Dortmund beherrscht die Stirnseite ein überlebensgrosses Bild Schumachers. Es ist eine Aufnahme aus der letzten Zeit seines Lebens: die linke Hand stützt das Kinn, der eindringlich auf den Beschauer gerichtete, fast grüblerische Gesichtsausdruck zeigt viel menschliche Wärme und einen Ernst, den man tödlich nennen könnte. Die Erinnerung an dieses Gesicht, das im Leben - und das Leben war für Schumacher politischer Kampf - so oft sehr viel härtere Züge trug, wird von der ersten bis zur letzten Minute der Beratungen gegenwärtig sein, so, wie das politische Vermächtnis dieses Mannes es ist und bleiben wird.

+ + +

Bevan und Boothby
 - - - - -

Zwei Parteitage in Gross Britannien

P.S., London, Ende September

Wenn am kommenden Montag der Kongress der Labour Party in Morecambe eröffnet wird, wird ihm eine "Massenversammlung" der Kommunisten vorausgegangen sein; die Delegierten des Parteitages werden täglich die in unmittelbarer Nähe der Kongresshalle wehenden Fahnen der Konservativen zu passieren haben. Für Mittwoch hat die "Tribune", das Wochenblatt Bevans, ein "Mass Meeting" einberufen, auf dem Bevan und seine Anhänger sprechen werden. Diese ausserhalb des Programms stattfindenden Ereignisse werden die Labour-Konferenz wenig oder gar nicht beeinflussen.

Inhalt und Zahl der Anträge lassen bei oberflächlicher Prüfung den Trugschluss zu, dass die Opposition den Parteitag beherrschen wird. Doch ist in Betracht zu ziehen, dass sich die mit dem Attlee-Flügel einverständenen Gruppen kaum mit Anträgen beteiligen, da sie mit der "Plattform" stimmen werden. Man muss weiter berücksichtigen, dass Resolutionen, auch wenn sie Auffassungen der linken Gruppe ausdrücken, nicht immer Bevan-Stimmen bedeuten. Aber selbst wenn der Oppositionsführer innerhalb der Exekutive eine Mehrheit erhalten sollte, wüsste er kaum etwas mit ihr anzufangen. Dieser Erfolg könnte dazu führen, dass die Parlamentsfraktion - und hier fallen die politischen Entscheidungen - zusammen mit den Spitzen der Gewerkschaften Bevan und seine Anhänger isolieren. Diese Ausschaltung würde bedeuten, dass kein Bevanite der Front-Bank angehören würde, von der die Abgeordneten ins Kabinett eintreten, wenn die Labour Party wieder die Regierung übernimmt. Ein Sieg der Bevan-Gruppe, verursacht mehr durch ein Abstimmungssystem als durch die wirkliche Stimmung in der Mitgliedschaft, würde ein Stimmverlust Labours für die nächsten Parlamentswahlen bringen, da die "Partei in der Partei" ausserhalb ihres Flügels keine Sympathien besitzt.

Vor diese Entscheidung gestellt, hat die Bevan-Gruppe zu überlegen, ob sie die Opposition fürzuführen gedenkt oder aber

auf die Konzessionen eingeht, die ihr bereits von der Parteileitung vor allem auf den Gebieten der Aussen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik gemacht werden. Der Ausfall der Entscheidung wird eine Sensation des Parteitag sein und die Entwicklung Labours für die nächste Zeit beeinflussen.

Die Konservativen können sich für ihren Parteitag, der am 9. Oktober in Scarborough beginnt, nichts besseres wünschen als eine Labour-Konferenz, die Bevan ihr Vertrauen gäbe. "Das rote Tuch" würde die blauen Parteifahnen auf Vollmast bringen. Niemand würde mehr an unerfüllte Wahlversprechen denken, niemand wagen, danach zu fragen, was die Regierung Churchill nach beinahe einjähriger Amtsdauer leistete. Es ist kein Geheimnis, dass ihre Misserfolge, die eigenen Anhänger erschüttert. Der konservative Politiker R. Boothby stellte kurz vor Schluss der vergangenen Parlaments-Session fest, dass es selten eine an die Regierung gekommene Partei gab, die so schnell und so gründlich versagte.

Boothby gehört einem Oppositionsflügel an, der in der Konservativen Partei weit mehr Anhänger zählt als die Gruppe Bevans in der Arbeiterpartei. Churchill hat ihn verwarnt. Es scheint, dass der Parteiführer wieder an Autorität zunimmt. Die Anträge für den Parteitag sind vorsichtig abgefasst und beschäftigen sich mehr mit optimistischen Vertrauenskundgebungen als mit Kritik, obgleich die Regierung noch nicht einmal fähig war, die Entnationalisierungsgesetze durchzuführen, auf die ihre Anhänger so sehnsüchtig warten. Das Wohnungsprogramm ist auch nicht annähernd durchgeführt worden; trotzdem wird der Parteitag einer Änderung des Mieterschutzgesetzes zustimmen, die der Bevölkerung neue Belastungen aufgibt.

Die aussenpolitische Situation Gross-Britanniens innerhalb und ausserhalb des Commonwealth hat sich verschlechtert, die Arbeitslosen ziffer steigt, der Lebensstandard fällt. Das einzige erfüllte Versprechen der Regierung bleibt die Abschaffung eines während des eingeführten Personalausweises. Diese Fehlleistungen werden natürlich auch von den Delegierten erkannt. Sie begnügen sich aber mit Verdrössungen ihrer Regierung, die für ihre Unfähigkeit "Socialists" verantwortlich macht und dabei gleichzeitig die Unterstützung der Gewerkschaften sucht.

Ein Staatsbesuch

(sp) In dieser Zeit, da politische Ereignisse von tiefgreifender Wirkung einander jagen und die Staatsmänner im D-Zugtempo von Konferenz zu Konferenz reisen, um höchst bedeutsame Probleme zu behandeln, muss es ein wenig enttäuschend wirken, wenn ein Staatsbesuch eine andere Note hat. Es wäre aber falsch, den Besuch des italienischen Ministerpräsidenten Alcide de Gasperi in Bonn nur im Hinblick auf die etwaigen Ergebnisse seiner politischen Gespräche mit Bundeskanzler Dr. Adenauer zu beurteilen. Dieser Staatsbesuch ist zunächst nichts weiter als ein Akt der Höflichkeit. Die Reise de Gasperis nach Bonn wurde auch bereits in Aussicht gestellt, als sich Adenauer vor einem Jahr anlässlich einer Ministertagung in Rom aufhielt. Die vier Tage, die der italienische Regierungschef in der vorläufigen Bundeshauptstadt verbracht hat, sind, äusserlich betrachtet, ein Beweis dafür, dass sich die Beziehungen der Bundesrepublik zu anderen Nationen aus der Verworrenheit der ersten Nachkriegsjahre erheben und zu normalisieren beginnen.

Trotzdem kann sich der politische Beobachter des beklemmenden Eindrucks nicht erwehren, dass auch bei dieser Gelegenheit auf politischen Gleisen gefahren wird, deren allgemeine Richtung bekannt, deren Weg im einzelnen jedoch in ein unerträgliches Dunkel gehüllt ist. Die alten Männer, die das Kleinst-Europa heute repräsentieren, wollen mit ihren Plänen weiterkommen. De Gasperi hat in Bonn freimütig davon gesprochen und gesagt, alles komme darauf an, die Dinge schnell unter Dach und Fach zu bringen.

So menschlich sympathisch es auch war, wenn de Gasperi die Eile mit seinem und dem Alter der am gleichen Strang ziehenden Staatsmänner begründete, hier liegen doch die eigentlichen politischen Gefahren. Das biblische Alter Adenauers, de Gasperis und Schumans in Ehren, - dass sie an ihrem Lebensabend ihre Kräfte aufbieten, um ihre politischen Vorstellungen zu realisieren, ist ihr gutes Recht. Die Frage aber ist, ob diese Eile verantwortet werden kann, wenn dadurch Verhältnisse geschaffen werden,

die die Bevölkerung der beteiligten Länder nicht akzeptiert.

Die Art, in der die drei "alten Männer" zu einander stehen, hat etwas ausgesprochen Familiäres. Sie sprechen alle drei die deutsche Sprache. Sie gehören alle drei der gleichen politischen Richtung an. Sie begehen aber einen grossen Fehler, wenn sie die Zeit, die ihnen als Staatsmännern und vielleicht auch als Menschen noch verbleibt, mit der Frist gleichsetzen, die für die Schaffung Europas gegeben ist.

Wir glauben wohl, dass es grosse geschichtliche Gelegenheiten, nicht aber, dass es bestimmte Fristen in solchen Dingen gibt. Ein Staatsmann darf kaum seine Existenz mit den tragenden Ideen der Geschichte gleichsetzen und es ist verfehlt, wenn er aus einer von seiner eigenen Person abgeleiteten Zeitnot eine Politik treibt, die nicht verantwortet werden kann.

Das aber ist hier der Fall. Die Drei sprechen von Europa und vom Abendland und meinen doch nur ihr besonderes parteipolitisches Interesse. So geraten sie auf Wege, die mit dem Sinngehalt der Demokratie, zu der sie sich in Worten bekennen, in Widerspruch stehen. Sie greifen dann zu so zweifelhaften Konstruktionen wie jüngst in Luxemburg, wo dem Montan-Parlament die Ausarbeitung eines europäischen Statuts angetragen wurde. Alles trägt den Stempel der Eile, die die Eile der christlich-demokratischen Parteien und ihrer greisen Repräsentanten ist. Die Völker werden sich in ihrem Willen zu einem wahren vereinigten Europa durch Geheimdiplomatie und die Politik der vollendeten Tatsachen durch eine Ministerpräsidenten-Fraktion der gleichen PartEIFarbe nicht beeinflussen lassen.

24. September 1952

Von massgebender sozialdemokratischer Seite wird erklärt:

Die Sozialdemokratie hält Viermächteverhandlungen für dringend notwendig. Nur in Viermächteverhandlungen können die für die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und mit friedlichen Mitteln erforderlichen Voraussetzungen dafür gestellt und die von den vier Besatzungsmächten für die Gewährleistung freier Wahlen in allen Zonen und Berlin zutreffenden Sicherungen beschlossen werden.

Die Sozialdemokratie bedauern, dass die neue Note der drei Westmächte vom 23. September nicht eindeutig und zwingend den Vorschlag zu sofortigen Viermächteverhandlungen ausepricht, sondern sich darauf beschränkt, eine Zusammenkunft von Vertretern der Viermächte anzubieten, die sich mit der Bildung einer Untersuchungskommission zur Prüfung der Voraussetzungen für freie Wahlen befassen soll. Diese Note der Westmächte verlängert leider lediglich den Propagandakrieg mit Noten, dessen bisheriger Verlauf beweist, dass Viermächteverhandlungen nur hinausgezögert werden, wenn von beiden Seiten versucht wird, die angestrebten Verhandlungsziele zur Voraussetzung für den Eintritt in Viermächteverhandlungen überhaupt zu machen.

+ + +